Abend-Ausgabe

79. Jahrgang. № 230 — Dienstag, 18. Mai 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. Mai 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Mai 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Haller marschiert auf Warschau.

Die Gegenrevolution der polnischen Nationalisten im Gange. — Schwere Kämpfe bei Lodz.

Beginn der Abrüstungskonferenz in Genf. — Reichsbannermanöver in Oesterreich. — Schwere Unwetter über Italien.

Eine Gegenregierung in Posen.

Berlin, 18. Mai. Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, ist in Posen eine Gegenregierung ausgerufen worden, die sich aus dem General Haller, dem Vizemarschall Plucinski und Paszkowski zusammensetzt. Die Truppen Pilsudskis stehen mit den Streitkräften Hallers bereits westlich von Lodz in Fühlung. Es sollen bereits größere Gefechte stattgefunden haben. Auch aus anderen Gegenden werden schwere Gefechte gemeldet. 25 Kilometer von Lodz entfernt befinden sich mehrere Abteilungen der Haller-Truppen auf dem Marsch nach Warschau mit dem Befehl, bis nach Girardow zu marschieren, wo scheinbar General Haller seine Truppen zum Stoß gegen Warschau zusammenzieht. Ihm unterstehen bis jetzt 27 000 Mann. Wie weiter aus Kattowitz gemeldet wird, hat sich die ganze schlesische Division unter dem Kommando des Generals Zajac unter den Befehl des Marschalls Pilsudski gestellt.

*

Paris, 18. Mai. Eine Meldung des Korrespondenten der „Chicago Tribune" aus Posen bestätigt die in Berlin veröffentlichte Nachricht, daß General Haller sich weigere, von seinem Posten zurückzutreten und den bewaffneten Widerstand gegen Marschall Pilsudski zu organisieren gedenke. **Marschall Pilsudski habe den Senatspräsidenten beauftragt, mit General Haller zu verhandeln.** Nationalistische Mitglieder des Polnischen Landtages seien in Posen eingetroffen und entfalteten eine große Tätigkeit.

Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris" ist nach Posen gereist und berichtet über den Widerstand, der in Posen gegen Marschall Pilsudski organisiert werde. Die Lage sei ernst und der Kampf zwischen den Anhängern Pilsudskis und den Regierungstruppen werde fortgesetzt. Gestern habe die Kavallerie von Posen Wilamow, den Stammsitz des Königs Johann Sobieski, wohin sich mehrere Mitglieder der alten Regierung geflüchtet hätten, besetzt. (W. T. B.)

Die Auffassung in Warschau.

Warschau, 18. Mai. Das allgemeine Interesse konzentriert sich jetzt auf die Entscheidung der rechtsparteilichen Führer in Posen, die gegen die Einberufung der Nationalversammlung nach Warschau protestiert hatten. Man hofft jedoch, daß auch in Posen bald wieder eine Beruhigung der Gemüter eintreten werde, und daß die Bemühungen der Generale Haller und Musnicki nicht den gewünschten Erfolg haben werden. Die Kommandeure von Lublin, Grodno, Brest-Litowsk und Przemysl haben sich Pilsudski zur Verfügung gestellt. Die sozialistische Partei fordert die Arbeiterschaft zu weiterem rücksichtslosen Handeln auf und strebt nach einer Arbeiter- und Bauernregierung. Sie erklärt, alle ihre Energie und Kräfte einsetzen zu wollen für die Durchführung sozialer und politischer Reformen. General Sosnkowski, der frühere Kriegsminister, der als Kommandeur der Posener Truppen einen Selbstmordversuch machte, befindet sich außer Lebensgefahr. Dagegen hat Oberst Baszjowitsch, der Leiter der Warschauer Unteroffizierschule, der mit großer Energie für die Regierung Witos gekämpft hatte, Selbstmord begangen. Die Tatsache, daß posensche Truppen noch immer vor Warschau stehen, sei mit technischen Schwierigkeiten beim Abtransport zu erklären.

Beruhigende Erklärungen des Innenministers.

(Durch Funkspruch.)

Warschau, 18. Mai. Der neue Minister des Innern erklärte Pressevertretern: Die Mitglieder der Regierung Witos sind frei. Es bestand kein Anlaß, ihnen einen bestimmten Aufenthaltsort anzuweisen. Für eine Verlängerung des Belagerungszustandes liegt nicht die geringste gesetzmäßige Voraussetzung vor. Die gegenwärtige Regierung wird sich strikt an die Gesetze halten. Die Verkehrsfreiheit wird heute wieder hergestellt werden. (W. T. B.)

England und die Diktatur Pilsudski.

London, 18. Mai. In der gestrigen Unterhaussitzung erklärte Chamberlain auf die Anfrage, ob die neue polnische Regierung bereits von der britischen Regierung anerkannt worden sei, er habe nicht die Zeit gehabt (Gelächter), irgendwelche Schritte in bezug auf die Anerkennung zu tun. Er werde jedoch vielleicht gegen Mittwoch in der Lage sein, über diese Frage Informationen zu geben.

Beerdigung der Warschauer Opfer.

Warschau, 18. Mai. Am Montag fand in Warschau die Beisetzung der Opfer der dreitägigen Schlacht statt. Es wurde zu Ehren der Gefallenen eine stille Feier auf dem Friedhof veranstaltet. Zu Demonstrationen ist es dabei nicht gekommen. — Der frühere Premierminister Witos hat sich heute von Warschau nach seinem Heimatdorfe begeben.

Beginn der Abrüstungskonferenz.

(Durch Funkspruch.)

Genf, 18. Mai. **Die erste Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz ist heute vormittag um 11 Uhr in öffentlicher Sitzung eröffnet worden. In dem Ausschuß sind 20 Staaten mit ungefähr 100 Delegierten und Sachverständigen vertreten. Die Presse aller Länder ist stärker vertreten, als in der vergangenen Woche. Der Ausschuß wählte zum Präsidenten Loudon-Holland zum ersten Vizepräsidenten Cobian-Spanien und zum zweiten Vizepräsidenten Buero-Uruguay.** (W. T. B.)

*

Genf, 18. Mai. Die deutsche Delegation für den Ausschuß zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, der heute um elf Uhr die Eröffnungssitzung abhält, setzt sich folgendermaßen zusammen: Delegationsführer Botschafter a. D. Graf Bernstorff, Geheimrat Bülow, Gesandtschaftsrat Boltze, Oberst von Stülpnagel, Oberstleutnant Duemlein, Major Schindler, Rittmeister Baeumke, Konteradmiral Frhr. von Frenberg, Fregattenkapitän Gadow. An den Arbeiten des Ausschusses nehmen außer den zehn Ratsstaaten noch folgende zehn Staaten Teil: Deutschland, Vereinigte Staaten, Holland, Finnland, Polen, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Argentinien und Chile.

Ein Nachgeben Brasiliens in der Ratsfrage?

Berlin, 18. Mai. Zu dem dem Prüfungsausschuß des Völkerbundsrats vorgelegten Entwurf wird von hiesiger unterrichteter Seite gesagt, obwohl hinsichtlich des Zusammentritts der zweiten Tagung des Prüfungsausschusses noch Zweifel bestehen, so könne doch angesichts der Tatsache, daß abgesehen von den beiden Interessenten Spanien und Brasilien, die sämtlichen Ausschußmitglieder, und zwar einmütig in sehr entschiedener Weise gegen die Vermehrung der ständigen Ratssitze sich ausgesprochen haben, diese Frage als bereits negativ entschieden angesehen werden. Nach einer Genfer Meldung erklärte der Vertreter Brasiliens bei der Schlußberatung des von der Unterkommission ausgearbeiteten Berichts an den Rat, die brasilianische Haltung im März sei durchaus nicht gegen Deutschland gerichtet gewesen. Brasilien sei nicht gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gewesen, und die brasilianische Regierung habe in ihrer Note an Deutschland den Wunsch ausgedrückt, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gesichert sei. **Darum wünsche Brasilien eine Lösung der Krise, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermögliche.**

Krisenstimmung in Frankreich.

Paris, 18. Mai. Von zuverlässiger Seite verlautet, daß Briand bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments die Wahlreformvorlage in der Kammer einbringen werde. Die Regierung ist für die Rückkehr zur Kreiswahl und sie kann ihre Reformvorschläge auf die Tatsache stützen, daß 77 Generalräte sich mit dieser Wahlreform ausdrücklich einverstanden erklärt haben. **Die allgemeine Auffassung in parlamentarischen Kreisen geht dahin, daß man einer unaufhaltbaren Kabinettskrise entgegengehe.** Die beschleunigte Einbringung der Wahlreformvorlage, deren Behandlung erst nach der Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens und der Marokkoaussprache vorgesehen war, gilt als Bestätigung dieser Auffassung. Ein günstiger Abschluß der Londoner Verhandlungen könnte vielleicht noch eine Wendung herbeiführen. **Ein Pariser Abendblatt gibt der Auffassung Ausdruck, daß ein weiteres Sinken des Franken den sicheren Sturz des Kabinetts bedeuten müsse, während bei einer glücklichen Aktion des Finanzministers das Kabinett sich einige Zeit halten könne, weil alle innenpolitische Streitfragen hinter dem Währungsproblem zurücktreten.**

Die englisch-französischen Schuldenverhandlungen

London, 17. Mai. Peret erklärte in einer Unterredung Vertretern der britischen Presse in der französischen Botschaft, seine Besprechungen mit Churchill sei herzlicher Art gewesen. **Bisher aber sei nichts Endgültiges erreicht worden.** Er und Churchill hätten nach einer Formel der Uebereinstimmung gesucht, aber bisher hätten sie noch keine solche gefunden. Er hoffe, daß die Nacht Schatzkanzler Churchill und ihm selbst Rat bringen werde. Er fahre Mittwochvormittag nach Paris ab, und zwar unabhängig davon, ob vollkommene Uebereinstimmung erzielt sei oder nicht.

Englische Maßnahme gegen zukünftige Streikgefahren.

(Durch Funkspruch.)

London, 18. Mai. Ebenso wie der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph" melden „Morning Post" und „Daily Mail", daß die Regierung plane, auf gesetzlichem Wege in Zukunft einen Streik von einer vorherigen Abstimmung der Arbeiter abhängig zu machen, die geheim vorzunehmen wäre. (W. T. B.)

Kampf in einem englischen Bergwerk.

Abertillery, 18. Mai. In den Gängen einer einsam liegenden Kohlenzeche überraschte die Polizei eine große Anzahl streikender Bergarbeiter, die beschäftigt waren, Kohle zu brechen. Es fand in der Dunkelheit ein heftiger Kampf statt. Acht Kohlendiebe wurden verhaftet. Der größere Teil konnte dank seiner besseren Kenntnis der Ausgänge flüchten.

Reibungen in der Regierungskoalition.

Die Vorstellung des neuen Kabinetts.

Berlin, 18. Mai. **Das neue Reichskabinett hat beschlossen, eine Regierungserklärung abzugeben, die morgen erfolgen wird. Die Erklärung wird aber nur kurz und mehr formaler Natur sein. Wie es heißt, werden sich die Fraktionen ebenfalls in der Hauptsache auf die Abgabe einer kurzen Erklärung beschränken, so daß man hofft, mit der Vorstellung der neuen Regierung morgen zu Ende zu sein und am Donnerstag die Pfingstferien beginnen zu können. Wie verlautet, soll das Kabinett kein ausdrückliches Vertrauensvotum verlangen. Ob Mißtrauensanträge eingebracht werden, bleibt abzuwarten.**

Daß innerhalb der Regierungskoalition alles wieder im alten Gleis gehe, wird man, wie die „Tägliche Rundschau" bemerkt, vorläufig noch bezweifeln dürfen. Zentrum und Deutsche Volkspartei haben zwar durch die Vereinbarung vom Sonntag gegenseitige Uebereinstimmung erzielt, nachdem die einseitige Erklärung des Kölner Oberbürgermeisters Adenauers eine gewisse Spannung hervorgerufen hat. Man wird, sagt das volksparteiliche Blatt, mit dieser Vereinbarung einverstanden sein, denn wie die Dinge stehen, sei das Zusammengehen des Zentrums mit der Deutschen Volkspartei diejenige Grundlage, ohne die ein Regieren in Deutschland zurzeit überhaupt unmöglich sei. Wenn angesichts der Unmöglichkeit einer Links- oder Rechtsregierung auch noch die Mittelpartei auseinanderfiele, so könnte eine parlamentarische Basis irgendwelcher Art überhaupt nicht mehr zustandekommen. Die Beziehungen zu den Demokraten litten naturgemäß immer noch unter dem unverantwortlichen Vorgehen Kochs gegen Reichskanzler Dr. Luther. Die Demokraten täten jetzt so, als sei nichts geschehen und erkennten auch die Flaggenverordnung willig an (dem wird von demokratischer Seite widersprochen), die ihnen als Vorwand gedient habe, um Luther zu beseitigen. **Man wird trotzdem damit rechnen müssen, daß die Trübung der Beziehungen, die die Demokraten hervorgerufen haben, innerhalb der Koalition so rasch nicht zu beseitigen sei, wenn auch äußerlich die Koalition weiter bestehe.**

Die Bedingungen der Deutschnationalen.

Berlin, 18. Mai. Das „B. T." weiß zu berichten, Abgeordneter Graf Westarp habe dem Reichskanzler erklärt, daß die Deutschnationalen bereit wären, das Kabinett Marx zu unterstützen, wenn folgende Bedingungen erfüllt würden: **Sofortige Durchführung der Flaggenverordnung, Stellungnahme des Reichskabinetts gegen den Volksentscheid für die Fürstenenteignung und schließlich die Vorlage eines Reichsschulgesetzentwurfs.** Richtig ist daran nur, daß Graf Westarp diese Forderungen gestellt hat, nicht aber, daß er die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen ausgesprochen hat, einem Vertrauensvotum für das Kabinett Marx zuzustimmen. Wenn Mißtrauensanträge eingebracht werden, so bleibt die Entscheidung den Deutschnationalen, ob sie zustimmen oder sich der Stimme enthalten wollen, auch bei Annahme ihrer Bedingungen noch vorbehalten.

Rücktritt des Staatssekretärs Kempner?

Spicker soll Chef der Reichskanzlei werden.

Berlin, 18. Mai. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet, haben die Chefs der Reichskanzlei, Staatssekretär Kempner, und der Presseabteilung, Ministerialdirektor Kiep, dem Reichskanzler ihre Aemter zur Verfügung gestellt, sind aber gebeten worden, ihre Posten vorläufig inne zu behalten.

Aus gutunterrichteten Zentrumskreisen hört man, daß der Reichskanzler Dr. Marx sich mit der Absicht trägt, den früheren Reichspressechef, Ministerialdirektor Dr. Spicker, zum Staatssekretär in der Reichskanzlei zu ernennen. Der bisherige Staatssekretär Dr. Kempner beabsichtigte bereits bei den letzten Kabinettskrisen seinen Posten zu verlassen. Auch der Reichspressechef Dr. Kiep dürfte demnächst eine anderweitige Verwendung im diplomatischen Dienst finden und einer Persönlichkeit Platz machen, die der Richtung des Reichskanzlers mehr Rechnung trägt.

*

Ministerialdirektor Spicker, der früher als Redakteur an der „Germania" gewirkt hat, ist besonders in letzter Zeit als ganz ausgesprochen links orientierter Zentrumspolitiker hervorgetreten. Er hat schon als Leiter der Volksblockpropaganda bei der Reichspräsidentenwahl durch seine skrupellose Agitation unliebsames Aufsehen erregt. In seiner jetzigen Mußezeit hat er sich in auffallender Weise im Reichsbanner betätigt. In den Rechtskreisen gilt dieser betriebsame Reklamechef deshalb von jeher als der „böse Geist" seines Gönners Marx. Wenn der jetzige Reichskanzler ihn wirklich auf den Posten des Staatssekretärs in der Reichskanzlei beruft, so beweist er damit, daß er die Auswahl seiner nächsten Berater ganz im Sinne der vom „Vorwärts" erhobenen Forderungen treffen will. Eine solche Verbeugung vor der Sozialdemokratie würde besser als alle Regierungserklärungen offen bestätigen, daß Herr Marx offenen Linkskurs einschlagen will.